

Antrag Nr. 1

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 172. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Tirol ist untätig bei der Vergabe von Mitteln für soziale Dienstleistungen bei der ländlichen Entwicklung

Der „Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER) ist der mit Abstand wichtigste EU-Fonds für Österreich. Mit fast 4 Milliarden an EU-Mitteln verfügt er über rund 80 % der Strukturfondsgelder in der aktuellen Periode (2014 - 2020). Gemeinsam mit den nationalen Kofinanzierungsmitteln stehen für diesen Zeitraum insgesamt 7,7 Mrd. Euro zur Verfügung. Erstmals seit dem Beitritt zur Europäischen Union finanziert der ELER nun auch soziale Dienstleistungen im ländlichen Raum. Die entsprechende Maßnahme heißt „Soziale Angelegenheiten“.

Insgesamt stehen Österreich durch ELER und durch die nationale Kofinanzierung 235,4 Mio. Euro für Investitionen im Gesundheits- und Sozialbereich im ländlichen Raum zur Verfügung.

Die Palette der möglichen Förderungen ist sehr breit: Sie geht von Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen über Einrichtungen der Pflege und Betreuung, psychosoziale und psychiatrische Einrichtungen und Investitionen in Mobile Dienste, Hard- und Software für soziale Dienstleistungen bis hin zum Auf- und Aufbau von ambulanten Gesundheitsdienstleistungen.

Diese ELER-Mittel werden in Form von „Calls“ an die Projekte vergeben, dH. die zuständige Stelle beim Land ruft Interessiert auf, zu einem oder mehreren Themenstellungen einzureichen. In den Bundesländern Kärnten, Niederösterreich,



**SOZIALDEMOKRATISCHE
GEWERKSCHAFTERINNEN**

Südtiroler Platz 14-16
A-6010 Innsbruck
T: +43 512 59 777-604
F: +43 512 59 777-625
@: tirol@fsg.or.at

Steiermark und Tirol hat nach fast drei Jahren Laufzeit noch kein einziger solcher Aufruf für einen Call stattgefunden. Damit sind fast 150 Millionen Euro ungenutzt. Andere Bundesländer zeigen, dass es einfach und unbürokratisch möglich ist, diese Gelder abzurufen (Stand April 2017 - OÖ 94%, VBG 61%, BGLD 56%).

In allen Bundesländern gibt es im ländlichen Raum Defizite in verschiedenen Bereichen der sozialen Infrastruktur wie Kinderbetreuung, Pflege oder auch ambulanten Gesundheitsversorgung.

Die 172. Vollversammlung der Arbeiterkammer Tirol fordert daher die Tiroler Landesregierung auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen und die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um die ihr zur Verfügung stehenden Mittel im ELER auch in der Maßnahme „Soziale Angelegenheiten“ umzusetzen.